

## Themenecke

# Transparenz der Beratungsstellen

Moderation: Amöna Landrichter (Zentrale Anlaufstelle Hospiz) und Doris Bandermann  
(Ambulanter Hospizdienst Friedrichshagen)

(1) Was sollte jeweils zum Beratungsangebot kommuniziert werden?  
(Kurzbeschreibung, Adresse, Telefon, Beratungszeit, ...)

### Ergebnisse des Austausches:

Die TeilnehmerInnen sprechen sich für eine Kurzbeschreibung der Aufgaben, Angaben zur Erreichbarkeit (Sprechzeiten, Wegbeschreibung), Arbeitsweise (aufsuchend, im Büro), Kosten des Beratungsangebotes und der Zielgruppe aus. Zudem ist es vor allem wichtig, eine barrierefreie Übermittlung und Kennzeichnung des Angebotes (leserlich, leichte Sprache, mehrsprachige Ausführungen) sicherzustellen.

(2) Was wird in Berlin zusätzlich zu bestehenden Ansätzen benötigt?

A – Ergänzung Adressteil der Broschüre „Wenn Ihr Arzt nicht mehr heilen kann ...“

B – Ergänzung bereits bestehender Übersichtskarten

(z.B. Hospiz- und Palliativverband Berlin <http://www.hospiz-berlin.de/menu/uebersichtskarte/> und HomeCare Berlin <http://homecareberlin.de/versorger/karte-sapv-in-berlin/>)

C – Internetauftritte ausgewählter Stellen (z.B. SenGPG <https://www.berlin.de/sen/pflege/pflege-und-rehabilitation/besondere-personengruppen/schwerstkranke-und-sterbende/> und Zentrale Anlaufstelle Hospiz [www.hospiz-aktuell.de](http://www.hospiz-aktuell.de))

D – Neues Faltblatt zu Beratungsstellen

E - ...?

### Ergebnisse des Austausches:

Die TeilnehmerInnen sprechen sich für ein zusätzliches Faltblatt (zusätzlich zur Broschüre „Wenn Ihr Arzt nicht mehr heilen kann ...“) aus, auf dem kurz und knapp die wichtigsten Infos und Zugangswege zur Versorgung am Lebensende aufgelistet sind. Hierbei wird der Vorteil u.a. an der leichter umzusetzenden Aktualisierung gesehen (im Gegensatz zur Broschüre).

Hauptanliegen aller TeilnehmerInnen ist die Schaffung eines überregionalen, digitalen Portals, auf dem die einzelnen Beratungsangebote in Berlin einsehbar und mit der Homepage der jeweiligen Einrichtung verlinkt sind.

Der Schwerpunkt soll auf einer praktikablen Darstellung (mit verbundener Aktualität) liegen (siehe dazu auch Antwort Frage 3).

Es wird vorgeschlagen, ein neues Onlineportal ggf. durch ein studentisches Projekt umzusetzen, was aber kontrovers diskutiert wird (Machbarkeit, Zeitraum).

Die TeilnehmerInnen wünschen sich, dass alle Angebote digital (Zentrale Plattform) und in print-Form (Broschüre) einsehbar/ erreichbar sind.

Grundsätzlich wird über mögliche Zugangswege zu den Informationen gesprochen. Hierbei wird vorgeschlagen, die Broschüren vor allem in Arztpraxen etc. auszulegen. Die Information über TV und Radio wird ebenfalls vorgeschlagen.

Um die Transparenz unter den Einrichtungen zu schärfen, wird ein jährlich stattfindendes Treffen analog dem Gesamttreffen, vorgeschlagen.

Die bezirklichen Beratungsstellen wünschen sich, auch in der Broschüre erwähnt zu werden.

(3) Wer sollte von den Beratungsstellen die Daten zu den Beratungsstellen aufbereiten, kommunizieren und pflegen (regional/zentral)?

### **Ergebnisse des Austausches:**

Grundsätzlich wird sich gewünscht, dass eine zentrale und unabhängige Stelle seitens des Senats (Auftraggeber) eingerichtet wird, die für die Präsentation und Transparenz der Beratungsstellen zuständig ist.

Hierbei wird angedacht, dass die jeweiligen beratenden Einrichtungen ihre Daten an eine regionale Stelle (z.B. Bezirksamt) weiterleiten und diese von dort an die neue zuständige Zentralstelle gesendet werden.

Die bisherigen Strukturen können eine Pflege und Koordination der Daten nicht übernehmen. Konsens der TeilnehmerInnen ist, dass seitens der Einrichtungen eine Bringschuld in Bezug auf die Aktualisierung/ Kenntnisgabe geänderter Daten gegenüber der koordinierenden Zentralstelle bestehen sollte. Hier könnte man ggf. mit Deadlines arbeiten, auch in Bezug auf das jährlich stattfindende Beratungsstellentreffen.

Weitere Anliegen:

- Vereinheitlichung der Strukturen (Bezirke sehr unterschiedlich organisiert und aufgestellt)
- Zuständigkeit der Bezirksämter und deren Abteilungen sollten klarer kommuniziert werden
- die niedrigschwellige und regionale Erreichbarkeit sollte aufrecht erhalten und ausgebaut werden
- regionale Sammlung von Daten (z.B. auch über Palliativnetzwerke) ist unerlässlich
- Personelle Strukturen in den Beratungseinrichtungen sollten erhalten und ausgebaut werden